



INHALT:

ORDNUNGSAMT  
kontra HEINZELPRESS

LONGO MAI

'Schule der Nation'

Warum  
freiheitlicher Sozialismus?

UND VIELES MEHR





# ORDNUNGSAMT VERBIETET HEINZELPRESS- STRASSENVERKAUF

Die HEINZELPRESS wurde bisher regelmäßig auf der Schildergasse verkauft. Drei Jahre lang haben wir mit dem Verkauf unserer Zeitung auf der Straße ganz gute Erfahrungen gemacht. Jetzt ist uns durch das Ordnungsamt der weitere Straßenverkauf untersagt worden. Um auf der Straße Zeitungen verkaufen zu dürfen, braucht man zweierlei:

1. Eine Reisegewerbekarte
  2. Eine Sondergenehmigung der Stadt.
- Eine Reisegewerbekarte bekommt man relativ leicht. Man klappert 3 verschiedene Behörden ab, läßt sich unter anderem bescheinigen, daß man stets pünktlich seine Steuern bezahlt (als Lohnsteuerzahler kann man ja kaum unpünktlich zahlen), zahlt DM 50.-, wartet 3 bis 4 Wochen und kriegt dann eine Reisegewerbekarte.

## KEINE GENEHMIGUNG

Die Sondergenehmigung der Stadt braucht man, weil man beim Zeitungsverkauf Sondernutzung der Straße betreibt,

Wir verdienen zwar an der HEINZELPRESS keine müde Mark, sondern arbeiten meist mit Verlust, dennoch gelten wir als Gewerbetreibende, wenn wir im Straßenverkauf pro Mann und pro Stunde 20 bis 30 Zeitungen für 4 bis 6 DM verkaufen.

d.h. die der "Allgemeinheit" gehörende Straße über das normale Maß "strapaziert". Der Verkehrsfluß wird angeblich stark gehemmt. Wie bekommt man diese Sondergenehmigung? Ganz einfach. Nachdem man eine Reisegewerbekarte erworben hat, beantragt man die Sondergenehmigung. Diese wird dann n i c h t erteilt! (Eine Ausnahme wird nur bei Tageszeitungen gemacht!)

Wer 's nicht glaubt, kann ja mal die nächsten Nummern der HEINZELPRESS verfolgen, in denen wir jeweils unsere Anträge und eventuelle Antworten veröffentlicht werden.

Das ist die Lage. Folgende für uns indiskutable Auswege wurden uns empfohlen:

## AMBULANTE HÄNDLER?

1. Als ambulante ~~Händler~~ von Haus zu Haus und Tür zu Tür zu eilen. Das entspräche dem tieferen Sinn und der Tradition der Reisegewerbekarte.
2. Einmal im Monat einen Informationsstand auf der Schildergasse zu beantragen und dann dort die HEINZELPRESS zu verschenken.
3. Einen Geschäftsmann ausfindig zu machen, der uns erlaubt, auf seinem Privatgrundstück die HEINZELPRESS zu verkaufen.

## WICHTIGE FUNKTION

Seit drei Jahren machen wir die HEINZELPRESS und verkaufen sie auf der Straße. Auf den Straßenverkauf verzichten, hieße eine der wichtigsten Funktionen der Zeitung zu opfern. Wir wollen kein linkes "Insiderblatt" machen,



sondern eine Zeitung für die Kölner Bevölkerung. Auf der Straße kann man eine Zeitung nicht nur verkaufen, sondern man kann mit den Käufern oder Nichtkäufern reden; diskutieren, zusätzliche Informationen geben, Fragen beantworten usw.. Diese Möglichkeit werden wir uns durch keine "Kölner Straßenordnung" und durch keine andere bürokratische Vorschrift nehmen lassen, die angeblich dem "geregelten Zusammenleben" in einer Großstadt dienen. Ja, wenn wir Schmuck, Quietschmäuse oder Lotterielose verkaufen würden, wäre das "geregelte Zusammenleben" nicht gefährdet, aber eine Zeitung, noch dazu eine oppositionelle stürzt Köln natürlich ins Chaos, wenn sie auf der Straße verkauft wird.

Auf dem Ordnungsamt beteuerte man uns, selbst der Herr Springer dürfe in Köln keine Zeitung (außer Tageszeitung) auf der Straße verkaufen, obwohl er unheimlich scharf darauf wäre. Armer Herr Springer!

Wir haben nicht vor, dem Ordnungsamt ins offene Messer zu laufen und weiterzuverkaufen als ob nichts geschehen wäre. Soweit es uns sinnvoll erscheint, werden wir versuchen, uns im Rahmen der bestehenden Vorschriften zu bewegen.

## POLITISCHE FRAGE

Wenn die Beamten des Ordnungsamtes uns gegenüber immer wieder auf die Notwendigkeit eines geordneten und geregelten Zusammenlebens

Das bedeutet, daß wir mindestens eine Nummer der HEINZEL-PRESS nicht im Straßenverkauf vertreiben werden!

pochten und ein Verkaufsverbot für unsere Zeitung als eine unausweichliche, wenn auch vielleicht bedauerliche Konsequenz ebendieser Ordnung darstellten, so mag das tatsächlich ihrer Überzeugung entsprechen. Wir sind jedenfalls nicht bereit, derartige Behinderungen als ausschließlich verwaltungstechnische Frage zu begreifen und zu behandeln. Für uns ist dies eine politische Frage. Deshalb erscheint es sinnlos, mit dem Verweis auf "Presse"- oder "Gewerbe"-Freiheit bürokratische Zugeständnisse erschleichen zu wollen.

Wir kämpfen nicht dafür, daß uns der bürokratische Apparat großzügige "Sonderrechte" einräumt, sondern für das Recht, überall und jederzeit frei informieren und diskutieren zu dürfen!

Da habt Ihr, was diese sogenannten politischen Freiheiten wert sind. Presse- und Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit des Privatheimes und alles übrige werden nur respektiert, wenn das Volk davon nicht gegen die Privilegierten Gebrauch macht. Aber von dem Tag, wo es anfängt, dieselben zu gebrauchen, um die Vorrechte der herrschenden Klasse zu untergraben - da werden alle diese angeblichen Freiheiten über Bord geworfen.  
PETER KROPOTKIN 1882

# LIEDER AUS LONGO MAI

"Lieder aus Longo Mai" - so lautete eine Veranstaltung der "Europäischen Pioniersiedlungen" am 29. Juni in der Wolkenburg. Vorgetragen wurden Gedichte und Lieder, vornehmlich von Brecht, Biermann, Brassens und dem 1934 im KZ ermordeten Anarchisten Erich Mühsam. Was sind nun diese "Europäischen Pioniersiedlungen", und was sollte dieser Liederabend?

Vor einiger Zeit fand in der Schweiz ein Kon-

gress sozialistischer Jugendorganisationen statt. Bei diesem Treffen wurde beschlossen, in allen Ländern Europas selbstverwaltete Produktionsgemeinschaften als Beispiele einer friedlichen und freien Zukunft aufzubauen.

## ZIELE

Im Protokoll des Gründungskongresses hieß es denn auch: "Das wichtigste Ziel der Jugendge-



meinschaften ist durch das freundschaftliche und schöpferische Zusammenleben von Jugendlichen der Völker Europas, experimentelle Zonen eines friedlichen und demokratischen Europas zu schaffen."

Die erste Siedlung war Longo Mai in der Provence. In mühevoller Arbeit mußte Land urbar gemacht werden, wurden längst verfallene Bauernhäuser wieder aufgebaut und Brunnen gegraben. Heute steht Longo Mai auf eigenen Beinen; die landwirtschaftliche Produktion umfaßt Obstplantagen, Gemüseanbau und Viehzucht. Auf rund 20 ha wächst Weizen und das bedeutet 56 to Mehl pro Ernte - Brot für 450 Menschen in einem Jahr. Neben Longo Mai befinden sich weitere Genossenschaften im Aufbau. So im Misox, einem der Täler Graubündens, in der Pfalz, in den Ardennen und in Appenzell, wo gerade die vollverarbeitende Fabrik "Scoptex" die Produktion aufgenommen hat.

## SELBSTVERWALTUNG

Die Jugendlichen aus Longo Mai und den anderen selbstverwalteten Betrieben sind stolz auf ihre Leistungen, und sie sind auch stolz, daß sie diese Leistungen ohne Chefs, Vorarbeiter und Stempeluhren vollbracht haben. Die Arbeiten werden in gemeinsamen Einsätzen bewältigt. Jeder trägt entsprechend seinen Fähigkeiten und Neigungen zusammen mit einer kleinen Gruppe die Verantwortung für ein spezielles Aufgabengebiet. Durch Aufheben der ein-

seitigen Spezialisierung und durch Rotation zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen kann sich jeder den Überblick über das Leben in der Gemeinschaft verschaffen. So ist es möglich, die Betriebe demokratisch zu planen und zu führen.

## AUTONOME PLANUNG

Die "Europäischen Pioniersiedlungen" sind in Form von Genossenschaften entsprechend dem Recht des jeweiligen Landes organisiert. Sie sind autonom in ihrer Planung und Verwaltung. In Basel ist die Koordinationsstelle der Siedlungen. Dort werden die Bedürfnisse und Pläne der einzelnen Kooperativen aufeinander abgestimmt und Material und Finanzen zentral beschafft.

Durch die "Lieder aus Longo Mai" machten die Pioniersiedlungen auf ihre Projekte aufmerksam und forderten die Zuhörer auf, die Genossenschaften mal zu besuchen und für ein paar Wochen mitzuarbeiten. Denn das ist die politische Arbeit der Pioniersiedler: durch die Beispiele praktischer Selbstverwaltung sollen die Ideen eines freiheitlichen Sozialismus verbreitet und möglichst viele Menschen angeregt werden, sich in ihren Bereichen für Selbstorganisation, Selbstbefreiung und Selbstverwaltung einzusetzen.

## STADTFLUCHT?

Sicherlich kann ein kapitalistisches Herr-

schaftssystem nicht dadurch überwunden werden, daß zwei, drei, viele Longo Mai geschaffen werden, indem wir uns aus den Städten zurückziehen und den Kampf in Betrieben, Stadtteilen und Schulen aufgeben. Aber Produktionsgenossenschaften wie in Longo Mai und anderswo beweisen, daß freiheitliche Selbstverwaltung möglich ist, daß Menschen fähig sind, ihre Belange im Geiste von Freiheit und Gleichheit selbst zu regeln.

Die Adresse des Koordinationsbüros:  
Europäische Pioniersiedlungen  
Grellingerstr. 80  
4052 Basel/Schweiz  
Tel. 061/422499



Standorte der europäischen Pioniersiedlungen (zum Teil im Aufbau befindlich):

Longo Mai in Südfrankreich in der Provence  
Misox Schweiz/Graubünden

Appenzell (Schweiz)

Pfalz (in der Nähe von Landau, BRD)

Ardennen (Belgien)





# HEINZ DER HEINZEL MEINT :



## WARUM FREIHEITLICHER SOZIALISMUS?

Ja Freunde, warum eigentlich?

Betrachten wir unsere Situation: Wir leben in einem hochentwickelten Industrieland, so hoch entwickelt, daß wir nun nicht mehr recht wissen, wie's weitergehen soll. Unsere Luft wird immer schlechter, unsere Flüsse immer vergifteter, unsere Städte immer unmenschlicher, unser Leben immer verhetzter. Der Gesichtspunkt, mehr Rendite und Profit herauszuholen bestimmt immer konsequenter alle Entscheidungen und der einzelne Mensch wird immer unwichtiger. Uns geht es "gut", ja, wir haben genug zu essen- aber um welchen Preis und auf wessen Kosten?

"Überleben ist nicht leben" stand 1968 auf den Mauern in Paris. Wir Überleben, sicher, noch, aber leben wir auch? Wieviel Menschlichkeit bleibt uns zwischen 8-Stunden Streß und Hochhauswohnung, zwischen Autoschlängen und Fernsehspot, zwischen Vermassung als Konsument und totaler Vereinsamung als Individuum? Was ist das für eine "Freiheit", die uns so deformiert, daß wir schließlich nur noch zwischen Quelle und Neckermann, zwischen CDU und SPD wählen können?



Und was bieten die sogenannten Linken nun in dieser Situation?

Die kommunistischen Dogmatiker lehren mit Gebetsmühlenmentalität die Weisheiten

von vorgestern immer "radikaler" herunter, gründen Parteien und schnallen die ideologischen Kinnriemen fester, damit ja die Scheuklappen auch eng genug zusammen bleiben.

Die Sozialdemokraten üben seit 80 Jahren einen Kniefall nach dem anderen vor den Notwendigkeiten "unseres" Systems, so daß sie längst selbst zu einer systemerhaltenden Notwendigkeit geworden sind:

Was der Bevölkerung bleibt ist die Angst vor Veränderung, übersteigert durch autoritäre Erziehung und manipulierende Massenmedien. Nicht weil es ihnen so gut gefällt, sondern weil sie keine andere Möglichkeit sehen, verteidigen die meisten Lohnabhängigen ihre Situation und damit unser System. -"Lieber keine Veränderung als eine wie in der DDR!"-



Was also fehlt, ist eine echte Alternative. Sie zu konzipieren und zu realisieren ist unsere politische Aufgabe. Diese Alternative muß zwei Komponenten enthalten:

1. Den Sozialismus, d.h. eine Gesellschaftsordnung, die die menschlichen Belange über die Profitinteressen stellt, in der die Entscheidungen humanorientiert und nicht renditeorientiert fallen, in der die gegenseitige Hilfe und nicht die Konkurrenz Grundlage ei-

ner sich selbst verwaltenden Menschengemeinschaft ist.

2. Die Freiheit der Einzelnen und der Gruppen, diese Gemeinschaft nach ihren Interessen und Neigungen selbst zu gestalten, nicht unter dem autoritären Dogma einer Partei, die "immer recht hat", sondern durch Koordination aller Kräfte, nicht durch Zwang von oben, sondern durch wirkliche Demokratie in allen Bereichen, durch Selbstverwaltung.

Der Weg dorthin führt über die Bewußtseinsentwicklung breiter Bevölkerungsschichten und nicht über die Machtergreifung einer selbsternannten Elite. Darum brauchen wir die Vielfalt von Basisgruppen und sich selbst organisierenden Gemeinschaften, die Betriebsgruppen und Bürgerinitiativen, die Jugendzentren und Landkommunen, die wenigen Betriebe schließlich, die bei uns schon von den Arbeitern selbst verwaltet werden.

Nur aus der freien Entfaltung vieler autonomer Gruppierungen kann sich entwickeln, was wir als Alternative zum Kapitalismus aufbauen müssen: Der freiheitliche Sozialismus.



In der nächsten Nummer schreibt Heinz der Heinzel: Was ist freiheitlicher Sozialismus?



# BUNDESWEHR

## "Schule der Nation"

Vor kurzem erreichte uns der Brief eines ehemaligen Wehrpflichtigen. Wir drucken diesen Brief ungekürzt ab und versehen ihn mit einem Kommentar. Er vermittelt jenen, die noch zur Bundeswehr eingezogen werden, einen ersten Einblick in die 'Schule der Nation'. Der dargestellte Sachverhalt gehört - in jeweils abgewandelter Form - zum Alltag in der Truppe.

Am 1.10.1973 wurde ich als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr eingezogen. Ich diente als Panzergranadier in einem Bataillon in Augustdorf bei Detmold.

### WILLKÜR UND SCHIKANE

In der Grundausbildung erhielt ich als Richtschütze eine Woche Geländeübung. Der Kompaniechef ordnete an, daß alle, die während dieser Ausbildungsphase mehr als 2 Tage fehlten, an einem freien Wochenende das Versäumte nachholen sollten. Selbst wenn sie nachweislich wegen Krankheit fehlten. Das wurde von den Betroffenen, zu denen ich auch gehörte, als Willkür und Schikane aufgefaßt, da sie deshalb nicht nach Hause zu ihren Eltern und Bekannten fahren konnten.

Wir marschierten an einem Samstag mit ca. 10 bis 15 Mann und 3 Ausbildern ins Übungsgelände. Schon bei der Besprechung kam es zu ersten Unmutsäußerungen der Auszubildenden. Drei Kameraden, die

durch längeres Murren und Meckern auffielen, wurden zu einer Gruppe zusammengefaßt, um sie besonderer Behandlung zu unterziehen.

Mit einem Ausbilder mußten wir uns von den übrigen Kameraden entfernen, damit diese nicht durch unser Murren angesteckt werden konnten, und damit wir bei unserer 'Spezialbehandlung' unbeobachtet blieben.

Auf Anweisung des Ausbildungsleiters wurde ich härter rangenommen als meine übrigen Kameraden. Als ich nach einer Zeit starker Schinderei zusätzlich noch meine ABC-Schutzmaske (Gasmasken) anlegen sollte, die das Atmen wesentlich erschwert, entlud ich meine, durch die mir sinnlos erscheinende Härte der Ausbildung aufgestauten Aggressionen. Ich legte meinen Stahlhelm heftig ab, sodaß er mehrere Meter durch das Gelände rollte, wobei ich laut "Scheiße" rief. Daraufhin kam der Ausbildungsleiter, der diesen Vorgang beobachtet hatte, und übernahm persönlich meine weitere "Ausbildung". Er ließ mich 15

bis 20 Minuten mit aufgesetzter Gasmasken durch das vom Regen aufgeweichte und schlammige Gelände robben. Nachdem ich körperlich total fertig gemacht worden war, weigerte ich mich, weiteren Befehlen Folge zu leisten.

Daraufhin wurde ich vorübergehend festgenommen und saß 3 Stunden in Einzelhaft. Nach meiner Freilassung mußte ich 48 Stunden Bereitschaftsdienst ableisten. Nach langen Verhören durch den Kompaniechef bekam ich eine Disziplinarstrafe von DM 60.- auferlegt. Außerdem wurde bei der Staatsanwaltschaft Detmold gegen mich Anzeige wegen Gehorsamsverweigerung erstattet.

Die Anklage lautete auf: 'Verweigerung der Befolgung von Befehlen durch Wort und Tat.' Ich bekam eine Verwarnung über DM 600.- (bei dem mageren Wehrsold).

### KEINE AUSNAHME

So wie mir kann es jedem ergehen, der zur Bundeswehr eingezogen wird. Durch meine Dienstzeit bei der Bundeswehr ist mir klar geworden, welche 'Aufgaben' die Bundeswehr in unserer Gesellschaft hat: Man wird nicht nur dazu erzogen auf 'Feinde' zu schießen; man hat sich zu ducken und nicht für seine Interessen einzutreten.



## GESELLSCHAFTLICHE FUNKTION

Die Bundeswehr-Vorgesetzten dieses Wehrpflichtigen gingen besonders brutal vor. Ihr Verhalten ist keineswegs zu entschuldigen. Es wird jedoch verständlich, wenn man sich die gesellschaftliche Funktion der Bundeswehr klar macht.

Die Bundeswehr ist integriert in einen Staats-Wirtschafts- und Erziehungsapparat, der auf Herrschaft und Unterdrückung basiert. Die Erziehung in der Bundeswehr, auf die in diesem Zusammenhang die Bezeichnung 'Schule der Nation' zutrifft, ist nur ein Glied in einer Kette von Unterdrückungsmechanismen des Staates. Nirgendwo anders aber treten uns Herrschaft und Unterdrückung so ungeschminkt entgegen wie beim Militär. Viel stärker noch als in den anderen Institutionen des Staates wird hier der Einzelne darauf getrimmt, auch noch die sinnlosesten Befehle ohne Widerspruch auszuführen; als Vorbereitung auf ein Duckmäusertum im Sinne der Herrschenden. Jeder Versuch, die eigenen Interessen zu vertreten, wird mit einer Bestrafung geahndet.

## UNTERDRÜCKUNGS- KREISLAUF

In der Familie geschieht das durch Prügel; in der Schule durch Strafarbeiten und Demütigungen vor der Klasse; im Beruf durch die Androhung von Entlassung. Umschrieben werden diese Maßnahmen mit Begriffen wie 'Disziplinierung', 'Wie-

derherstellung des Arbeitsfriedens' usw. Der Mensch wird einzeln bestraft und damit vereinzelt. Die Strafe soll ihn und andere davor zurückschrecken lassen, sich zur Vertretung gemeinsamer Interessen zusammenzuschließen.

Ziel dieses Erziehungsprozesses ist jener Mensch, der treu und brav zu dem Grundsatz steht: "Führer (Vater, Lehrer, Chef, Parteivorsitzender usw.) befiehlt, wir folgen", der bereit ist, sich unterdrücken zu lassen und andere zu unterdrücken. Die Herrschenden machen sich dabei eine psychologische Erkenntnis zunutze, die besagt, daß durch ein System von Belohnung und Strafe das Verhalten des Individuums in jede gewünschte Richtung gelenkt, d.h. manipuliert werden kann. Da der Mensch dazu neigt, bzw. dazu erzogen wird, jeweils den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, hat dieses System einen durchschlagenden Erfolg. Im vorliegenden Fall erweist sich schließlich die Justiz als eine weitere Instanz im staatlichen Unterdrückungskreislauf. Sie unterstützt die Bundeswehrausbilder selbst dann noch, wenn ihre Methoden den grundlegendsten Rechten jedes Menschen widersprechen und sich Folterpraktiken nähern.

## VERINNERLICHUNG

Die Ausbilder dieses Wehrpflichtigen erweisen sich so als das angestrebte Idealprodukt einer Erziehung im Sinne der Herrschenden. Sie haben während ihrer Eingliederung in die Gesellschaft ständig Herr-

schaft und Unterdrückung erfahren, langsam verinnerlicht und reproduziert. Ihre Antwort auf die eigene Unterdrückung ist die Unterdrückung anderer.

Es gilt, eine andere Antwort zu finden, die Ausübung von Herrschaft und Unterdrückung zu verweigern und ihre Grundlagen aktiv anzugreifen; die Grundlagen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.



Beratung für Kriegsdienstverweigerer (kostenlos):

DFG, IDK, VK  
5 Köln 1  
Vogteistraße 15  
Tel.: 443912  
Dienstags 20<sup>00</sup> Uhr  
Seminarberatung über vier Abende  
Samstag 10<sup>00</sup> Uhr  
individuelle Beratung  
Dr. K. E. Gruhl  
5 Köln 60  
Sebastianstraße 9  
Tel.: 7123617  
Samstag 10<sup>00</sup> Uhr (ab 3. August)

DFG=Deutsche Friedensgesellschaft  
IDK=Internationale der Kriegsgegner  
VK =Verband der Kriegsdienstverweigerer

Siehe S.9 "BARRAS"



# BIERMANN - FEIER

## Preisverleihung mit Widersprüchen

Vor wenig Publikum fand im Forum der Volkshochschule die Verleihung des Offenbach - Preises an Wolf Biermann statt. Wolf Biermann, der selbst nicht an der Ehrung teilnehmen konnte, da er von den DDR - Behörden keine Ausreisegenehmigung erhalten hatte, sandte ein Telegramm, das vom Kulturdezernenten Hackenberg vorgelesen wurde: "Ich nehme den Preis gerne an und mißverstehe diese Auszeichnung so gut ich kann als eine Würdigung der DDR. Dieser deutschen Republik verdanke ich nämlich mein Talent. Hier wurde ich ja beides: freundlich gefördert und schmerzhaft gefordert."

### KULTUR-BLAH-BLAH

Dieser Stil sei typisch für Biermann, meinte der Kulturdezernent, und würdigte ihn als einen Künstler, "der in einer klaren Art Schriftsteller und Komponist ist." In diesem Sinne sei auch die Jury-Entscheidung zu verstehen, die mit Biermann keinen Renommiertdissidenten auszeichnen wollte, was er nachdrücklich betonte. Über die eigentliche Brisanz der Biermann-Balladen, die politische Aussage, wurde höflich hinweggeschwiegen.

Laudan, Filmemacher beim WDR, umriß kurz die Person Biermanns und gab eine Einleitung zu seinem im Anschluß vorgeführten Biermann-Film, der bereits einige Wochen vorher im Fernsehen gesendet worden war.

### MÜDE FEIER

Als sich nach der Film-Vorführung der Vortragsraum wieder erhellte, stand einer unserer Genossen auf und

sagte, daß Biermann nun wohl genug konsumiert worden sei und es Zeit wäre, diese Preisverleihung zu diskutieren. Es sei unverständlich, wie eine Stadt, in der beispielsweise Lehrer kommunistischer oder sonstiger radikaler Gesinnung ihren Beruf nicht ausüben dürfen, im Gegenzug einen kommunistischen Schriftsteller, der in der DDR Berufsverbot hat, mit einem Literaturpreis würdigt.

### KEINE DISKUSSION

Kulturdezernent Hackenberg wollte einer Erörterung dieser Fragen nicht im Wege stehen, ja er ging sogar soweit, daß er ging. Er habe heute sechzehn Stunden lang gearbeitet, war sein einziger Kommentar.

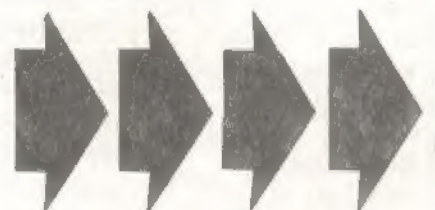
Die meisten Leute waren einer Diskussion gegenüber nicht abgeneigt; waren sie doch über die leblos-stupide Feier enttäuscht. Weil man die Räume leider schließen müsse, bat dann der Veranstalter das Publikum, das Forum zu verlassen und doch auf dem Vorplatz die

Diskussion fortzusetzen. Auf dem Vorplatz trat ein, womit zu rechnen war: die meisten Besucher zog es heimwärts in die gute Stube. Nur

### OFFENER BRIEF

ein Rest von dreizehn Leuten beschloß, eine Kneipe aufzusuchen, um die Probleme dort weiter zu diskutieren und schließlich einen offenen Brief zu schreiben, in dem man noch einmal auf das widersprüchliche und arrogante Verhalten der Stadtverwaltung zu sprechen kam.

Dieser Brief wurde zur Veröffentlichung an alle Tageszeitungen Kölns geschickt. Nicht in einer einzigen Zeitung wurde der Brief abgedruckt, sodaß wir ihn hier in der HEINZEL-PRESS veröffentlichen.





**LESERBRIEF ZUM INFORMATIONSABEND DER STADT KÖLN  
ZUR VERLEIHUNG DES JACQUES - OFFENBACH - PREISES  
AN WOLF BIERMANN**

Die Stadt Köln hat Wolf Biermann, einem Kommunisten, der in der DDR unter Berufsverbot steht, durch den Jacques-Offenbach-Preis geehrt. Aus Anlaß dieser Preisverleihung veranstaltete das Kulturdezernat der Stadt Köln einen Informationsabend im Forum der Volkshochschule. Die Zuhörer konnten es nur als blanken Zynismus empfinden, daß Wolf Biermann als Poet und Sänger geehrt, über die politische Aussage seiner Lieder aber höflich hinweggeschwiegen wurde.

Wie verhält sich die Stadt Köln gegenüber Bürgern, die sich in konkreten Situationen für die gleichen Ziele, nämlich eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, einsetzen? Wie sieht z.B. die Politik der Stadtverwaltung gegenüber dem SSK, den Kinderläden, den Bürgerinitiativen, der Wohn- und Schulsituation der Ausländer und Obdachlosen aus? Wie verbindet die Stadt Köln die Preisverleihung mit dem Radikalenerlaß und Berufsverboten? Dürfte Biermann bei uns Lehrer werden?

Als interessierte Zuhörer über diese Fragen diskutieren wollten, zog sich der einzige Vertreter der Stadt zurück.

13 Besucher der Veranstaltung

*Birgit Lammersen*

Rücklaufadresse:

Birgit Lammersen  
5 Köln 41  
Scheffelstr. 52

**'BARRAS'**

Zeitung der DFG-IDK-VK für Bundeswehrsoldaten erscheint 14tägig; jetzt in der 16. Aufl. mit 5000 Stück; wird an 15 Kasernen in NRW verteilt.

Zu beziehen über:  
Guido Grünwald  
5 Köln 41  
Bachemerstraße 27  
Tel.: 492346  
Vierteljahresabo DM 3.-



**IMPRESSUM**

HEINZELPRESS-VERLAG  
5 K ö l n 1  
Moltkestr. 27  
Tel. 24 82 22

Postscheckkonto Köln  
Hans - Peter Meyer  
Nr. 216528 - 502

Presserechtlich verantwortlich:  
Heinzelpress  
Redaktionskollektiv  
Arne Houben  
5 K 1, Moltkestr. 27

Druck: HEINZELPRESS

**\*Bestellschein**

Hiermit bestelle ich die nächsten 10 Nummern der  
HEINZELPRESS zu 20 Pf. + 30 Pf. Porto

DM 5,-- habe ich auf das Postscheckkonto

Hans-Peter Meyer  
Nr. 216528 - 502

Überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

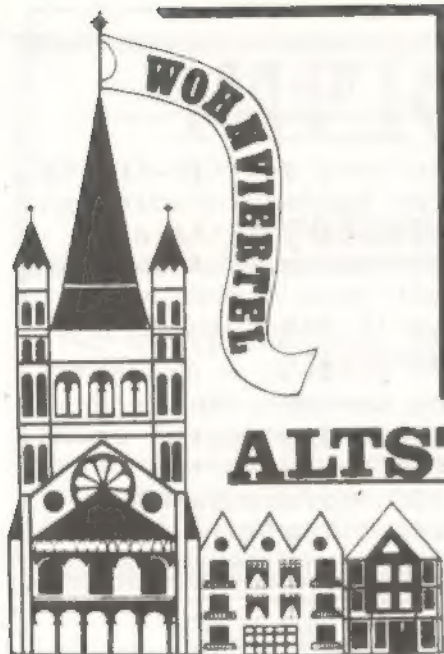
Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an: HEINZELPRESS 5 Köln 1  
Moltkestraße 27





## ALTSTADT — LÄRMSTADT

Seit 2 Jahren kämpfen die Bürger des Martinsviertels dagegen, von den Lokalen aus ihrem Wohnviertel vertrieben zu werden. Sie haben sich in der "Bürgerversammlung" Altstadt" zusammengeschlossen und machten Schlagzeilen, als sie seinerzeit gegen den Willen von Stadt und Polizei einen Parkplatz in einen Spielplatz umwandelten - der heute noch besteht. Außerdem wurde die Errichtung einer Fußgängerzone im Martinsviertel durchgesetzt. Die Grundproblematik der Anwohner, nämlich daß auf Kosten ihrer Lebensqualität und Gesundheit einige Wirte Profite machen können, hat sich nicht geändert. Im Gegenteil,

### IMMER MEHR LOKALE...

die Stadt vergibt immer mehr Konzessionen an neue Lokale, der Lärm im Viertel nimmt immer mehr zu. Nachdem es den Winter über verhältnismäßig ruhig war, mehren sich jetzt wieder die Klagen der Anwohner über den Lärm aus den Lokalen. Bis in die frühen Morgenstunden schallt aus den offenen Türen und Fenstern Musik und das Gejohle der an-

getrunkenen Gäste. Dabei ist die Rechtslage klar: Nach 22 Uhr darf aus keinem Lokal ruhestörender Lärm dringen. Während die Stadt in der Lage ist, jede Parkuhr täglich mehrmals zu kontrollieren, entwickelt sie gegenüber den rückichtslosen Profitinteressen der Lokalbesitzer eine bemerkenswerte

ger" sei. Und das war natürlich für den Anwohner besonders interessant, denn Herr Wolfinger ist der beim Ordnungsamt zuständige Mann für die Vergabe von Gaststättenkonzessionen.

Insgesamt gesehen wird hier eines der schönsten Viertel der

Unfähigkeit. Wie zum Hohn auf die Interessen der Anwohner halten die Wirte nicht nur Türen und Fenster auf, sondern schänken bei entsprechender Witterung bis nach 1.00 Uhr auf der Straße aus.

Ein Lehrbeispiel darüber, wessen Interessen er vertritt, gab in diesem Zusammenhang der Vorsitzende der CDU - Stadtratsfraktion, Dr. Meyer. Dieser "Volksvertreter" scheute sich nicht, seiner Verachtung gegenüber dem Schlafbedürfnis der arbeitenden Bevölkerung im Martinsviertel dadurch Ausdruck zu verleihen, daß er nachts nach 1.00 Uhr gemeinsam mit einigen Wirten aus dem Viertel am transportablen Tresen zechend auf der Salzgassee stand.

### ...UNFÄHIGE STADT...

Durch diese Unterstützung werden natürlich auch die Wirte immer dreister. "Ihr braucht Euch doch gar nicht weiter zu bemühen," sagte einer der Lokalinhaber zu einem der Anwohner, "gegen die Kräfte, die hinter uns stehen, kommt ihr ja doch nicht an." Weiterhin behauptete der Wirt, daß der Rechtsanwalt "eines der Gaststättenunternehmer der Schwager von "Herrn Wolfinger"

Stadt in seiner Grundstruktur zerstört. Zwar wurden Eisenmarkt und Ostermannplatz jetzt ausgestaltet - aber der letzte von drei Lebensmitteläden im Viertel wird in wenigen Monaten schließen. Auch die verbale Unterstützung durch einige Angehörige der Verwaltung hilft

### ...NUR NOCH EIN LEBENSMITTELLADEN

den Anwohnern nichts, wenn sie nachts nicht mehr schlafen können. Während sich die Nerven und ihre Zuhälter im Viertel immer wohler fühlen, werden die Anwohner vertrieben. Die Profitinteressen einiger Weniger sind mal wieder wichtiger als die menschlichen Interessen der Anwohner.

E N D E . . . .





# KVB VERKEHRSVERBUND

## PREISERHÖHUNG?

Im Zuge der Eingemeindungen von Hürth, Brühl, Wesseling, Rodenkirchen, Porz usw. ist für Köln ein Verkehrsverbund von KVB, KBE, und Bundesbahn geplant.

Die damit verbundene Vereinheitlichung der Tarife und eine Zusammenfassung und Koordination der öffentlichen Verkehrsmittel ist an sich ja zu begrüßen. Vor allen Dingen sollte man ja von solchen Rationalisierungen Einsparungen für alle beteiligten Gesellschaften und damit Preissenkungen erwarten. Die praktische Erfahrung bei ähnlichen Zusammenschlüssen zeigt aber das Gegenteil.

In Frankfurt wurde die Einführung des Verkehrsverbundes als Vorwand für enorme Preissteigerungen, teilweise über 150 %, genommen. (Heinzpress berichtete in einem Extrablatt über

die Hintergründe der Preiserhöhungen und die Versuche, mit Protesten und Blockaden die Tarifierhöhungen zu verhindern)

Es ist zu befürchten, daß die Herren in den Vorstandsetagen von KVB, KBE und Bundesbahn auch uns im Zuge der Einführung des Verkehrsverbundes schröpfen wollen, besonders wenn man daran denkt, daß die Stadt Köln 50 oder 100 Mio. DM bei der Herstatt-Pleite verloren hat. Diese Gelder waren nämlich zum Teil für den Ausbau der KVB bestimmt. Sollen wir mal wieder die Zeche bezahlen? Was wir brauchen ist ein Gesamtkonzept für den innerstädtischen Verkehr, das durch Nulltarif die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver macht und nicht durch Stadtautobahn und Parkhäuser noch mehr Autos in die Innenstadt holt.

## SELBST

## VERWALTUNG IN DER PRAXIS

Für Ende Juni hatten wir eine Veranstaltung über 'Selbstverwaltung in der Spanischen Revolution' geplant. Wir wollten dabei den Durruti-Film 'Der kurze Sommer der Anarchie' von H. M. Enzensberger vorführen. Leider konnten wir den Film nicht termingerecht bekommen und haben auch jetzt noch keine feste Zusage vom WDR. Deshalb wird die Spanien-Veranstaltung bis auf weiteres verschoben.

Die nächste geplante Veranstaltung behandelt die Situation der selbstverwalteten Jugendzentren in der BRD. Wir werden sie wie üblich durch Plakate ankündigen.

## FOLTER IN BRASILILIEN

In Brasilien wird weiterhin gefoltert. Das Investitionsklima ist weiterhin gut. Immer häufiger werden Familienangehörige verfolgter Personen festgenommen und gefoltert. Insbesondere während der ersten zwei bis vier Wochen nach der Verhaftung wird die Folter angewandt.

Maria da Conceicao wurde am 10. Juni 1974 in Sao Paulo verhaftet, offenkundig an Stelle ihres Sohnes, der in ganz Brasilien gesucht wird. Er wurde in Abwesenheit wegen 'Verbre-

chens gegen die nationale Sicherheit zu 104 Jahren Gefängnis verurteilt. Da er in Brasilien nicht festgenommen werden konnte, hält man sich an seiner Mutter schadlos. Es ist zu befürchten, daß Maria da Conceicao der Folter unterworfen wird, um Aussagen über ihren Sohn zu erpressen. Die deutsche Sektion von Amnesty International befaßt sich eingehend mit der Lage in Brasilien, um Maria da Conceicao vor der Folter zu bewahren und ihr Leben zu erhalten.

Endlich scheint auch Amnesty International erkannt zu haben, daß Folterungen an politischen Häftlingen nicht nur in Brasilien, sondern auch in der BRD vorgenommen werden. Zur Zeit wird dort diskutiert, ob eine ausländische Sektion der Amnesty International sich mit den Folterungen in der BRD auseinandersetzen soll. Hoffentlich schreitet man bald von der Diskussion zur Tat.

### Kontaktadresse:

Eva Komma  
5038 Rodenkirchen  
Sürther Straße 117  
Tel.: 30 22 96



WIE WAR IN KÖLN ES DOCH  
VORDEN, MIT HEINZEL-  
MÄNNCHEN NOCH  
SO SCHÖN.

AUS DER WELT DER HEINZEL-  
FÖRSCHUNG: ALTES VOLKS-  
MÄRCHEN ERWEIST SICH  
ALS HISTORISCH FUN-  
DIERT. DER VOLKSWIND  
HAT DOCH  
RECHT!

# Heinzel-Comic

## Sensationelle Ausgrabung AN DER MARTINSKIRCHE

1



PROFESSOR  
SCHLIEMANN JUN.  
UND SEIN TEAM  
AUF DEM WEG  
ZUR AUSGRA-  
BUNGSSTÄTTE

2



MARTINSKIRCHE ➔

NACH **84,5** STUNDEN  
MÜHEVOLLER ARBEIT  
IST EINE ANSEHNLICHE  
GRUBE AUSGEHÖBEN

600 ALS **PLÖTZLICH**  
EINE AUFGREGENDE  
ENTDECKUNG GEMACHT  
WIRD.....



4



NACH 10-FACHEM  
**HAU RUCK**

3

KRITISCH UNTERSUCHT  
PROFESSOR SCHLIEMANN JUNIOR  
DEN FUND.

ER ENTPUPPT SICH ALS  
VORRÖMISCHER  
UR- HEINZEL !!!!!

5

WIRD MIT VEREINTEN KRÄFTEN EIN SONDER-  
BARES OBJEKT DEM ERDBRECH ENTRISSEN!



7

STOLZ STELLT SICH DIE TRUPPE  
DER INTERNATIONALEN PRESSE



EINEN WISSENSCHAFTLICHEN BERICHT ÜBER DIE BEDEUTUNG DES FUNDES  
WIRD PROF. SCHLIEMANN JUN. IN DER NÄCHSTEN H.R. VERÖFFENTLICHEN.

**ENDE**